
Heizgeldumlage in den Darmstädter Studentenwohnheimen

Die Vertreter der Darmstädter Studentenwohnheime verurteilen schärfstens die Erhebung einer nachträglichen Heizgeldumlage von 174,-DM durch das Studentenwerk im Zuge der "Ölkrise". Die "Ölkrise" stellt ein groß angelegter Betrug der internationalen, insbesondere der amerikanischen, Ölgesellschaften dar, um über künstliche Rohstoffverknappung zusätzliche parasitäre Gewinne zu scheffeln, die vom Endverbraucher bezahlt werden sollen. Die von der Bundesregierung eröffnete Möglichkeit, die Ölverteuerung durch einen Heizgeldzuschuß vom Sozialamt erträglicher zu gestalten, stellt eine äußerst zweifelhafte soziale Maßnahme dar. Hier werden über die Steuern vorwiegend der Lohnabhängigen ähnlich wie beim Wohngeldzuschuß die Profite der Großunternehmer bezahlt, um die größten sozialen Härten abzumildern, anstatt über stärkere Besteuerung und Verstaatlichung die konzentrierte Wirtschaftsmacht dieser Konzerne zu brechen.

Darüber hinaus haben die Vertreter der Darmstädter Studentenwohnheime den Eindruck, daß in die Forderung von 174,- DM noch diverse Posten aus dem Defizit des Studentenwerks hineingerutscht sind, nach dem sich das Land Hessen permanent weigert, die Zuschüsse für die Studentenwerke zu erhöhen.

Durch diese Heizgeldumlage und die Erhöhung der Sozialbeiträge zum SS 74 verschärft sich die soziale Lage der Studenten bei anhaltender Verteuerung des Lebens und eingefrorenen Stipendiensätzen noch mehr. Durch die Zwangsaufnahme der Fachhochschulen in die Studentenwerke soll das Defizit durch deren Sozialbeiträge verringert werden. Diese Eingliederung in die Studentenwerke zahlt sich für die Fachhochschul-Studenten in keiner Weise aus. Auch für die TH-Studenten bedeutet das eine weitere Verschlechterung, da z. B. auf dem Wohnheimsektor die ohnehin geringe Zahl an Wohnheimplätzen unter einer größeren Zahl von Studenten aufgeteilt werden muß.

Die Vertreter der Darmstädter Studentenwohnheime können daher hier nur die Forderungen wiederholen wie sie z. T. schon auf dem Teach-in gegen die Mensapreiserhöhung im SS 73 , auf Vollversammlungen in den Wohnheimen gegen eine geplante Mieterhöhung und der Vollversammlung der THD zur Erhöhung der Stipendiensätze aufgestellt wurden:

- Deckung der Studentenwerksdefizite durch das Land Hessen
- Erhöhung der Landeszuschüsse an die Studentenwerke
- Unabhängigkeit der Studentenwerke von der Landesregierung und Kontrolle durch das Studentenwerks-Personal und die Studenten; weg mit der Fachaufsicht des Kultusministers

- sofortige Erhöhung des Bafög-Satzes auf 660,- DM und automatische Anpassung an den Preisauftrieb (Dynamisierung)
- Ablösung des Kostendeckungsprinzips durch das der sozialen Tragbarkeit
- materielle Gleichstellung der ausländischen Kommilitonen mit den deutschen Studenten
- Schaffung neuer Wohnheimplätze, insbesondere sofortiger Baubeginn des Karlshofprojektes
- Rücknahme der Sozialbeitragserrhöhung
- kein Pfennig für die Heizgeldumlage aus eigener Tasche

Darüber hinaus haben die Vertreter der Darmstädter Studentenwohnheime den Eindruck, daß das Studentenwerk die Auseinandersetzungen um die Heizgeldumlage dazu benutzen will, neue in Grund- und Kostenmiete aufgespaltene Mietverträge in den Wohnheimen einzuführen, in denen sich der Mieter von vorneherein durch seine Unterschrift mit jedweder späteren Änderung der Vertragsverhältnisse einverstanden erklärt. Die gesamte Studentenschaft muß einheitlich gegen die Versuche vorgehen, daß durch Sozialbeitrags- und Mieterhöhungen und die Heizgeldumlage die Defizite des Studentenwerks auf Grund der Preistreiberei der Unternehmer aus unserer Tasche bezahlt werden, dazu gehört auch die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Sozialbeitragsverweigerung Fr. 14.00 h im AStA.

Wir fordern das Land Hessen auf, die Defizite zu übernehmen.

Insbesondere die SPD in der Regierung soll Maßnahmen gegen die Verursacher der Inflation, nämlich die Unternehmer, ergreifen und die Interessen der Lohnabhängigen und Jugendlichen durchsetzen, da sie es in ihrem Wahlprogramm versprochen hat.

Die Heimselbstverwaltungen der Darmstädter Studentenwohnheime

Dieburger Str.

Riedeselstr.

Heinrichstr.

Studentendorf

Niederramstädter Str.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Hochschule Darmstadt unterstützt die Forderung der Wohnheimbewohner nach sofortiger Zurücknahme der Heizgeldumlage vorbehaltlos. Diejenigen, die die Verursacher der gestiegenen Heizkosten sind, die großen Ölkonzerne, haben auch die Folgekosten zu tragen und nicht wir Studenten.